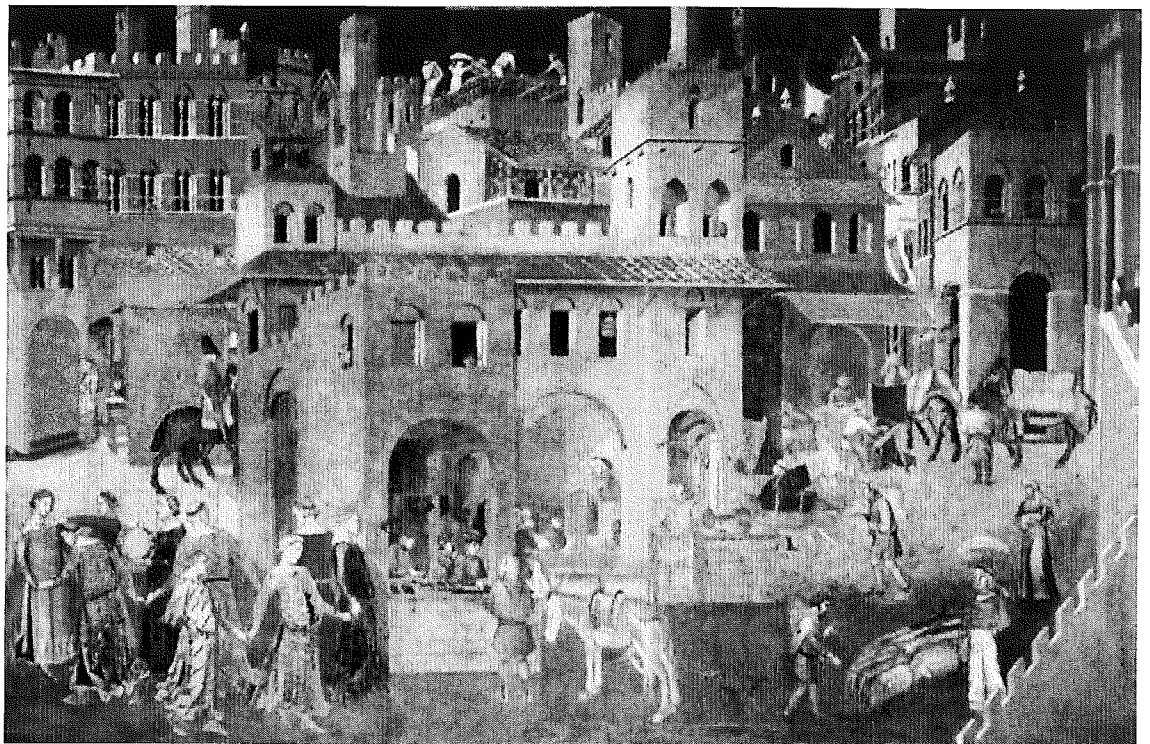




Michael Gemperle

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der «Wissensgesellschaft»

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	vi
Einleitung	1
1. Eigenschaften der sozialwissenschaftlichen Diskussion	3
2. Das politische Projekt	9
3. Die gesellschaftspolitische Funktion	15
Literaturverzeichnis.....	20

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag untersucht die gesellschaftspolitische Bedeutung des Begriffs der «Wissensgesellschaft», der zu einem zentralen handlungsleitenden Orientierungspunkt für den weiteren Fortschritt von Wirtschaft und Gesellschaft zu werden scheint.

Erstens bringt die Analyse von Stellungnahmen zentraler ProtagonistInnen des Wissensgesellschaftsdiskurses zutage, dass dieser als prophetisch, fortschrittsoptimistisch, wissenschaftspolitisch, antistaatlich und zur Weltsicht der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte anschlussfähig qualifiziert werden kann – und insofern weniger als wissenschaftlicher denn als politischer Diskurs verstanden werden muss.

Zweitens wird am Beispiel der Europäischen Union aufgezeigt, dass mit dem Konzept der «Wissensgesellschaft» eine spezifische politische Agenda legitimiert und forciert wird, die auf (a) die Förderung der Biotechnologie, der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie anderen «Spitzentechnologien» des industriellen Sektors, (b) die Unterordnung der gesamten Arbeitswelt und des Bildungssystems unter die Interessen von privatwirtschaftlichen Unternehmen und (c) die Liberalisierung und Privatisierung der staatlich kontrollierten Unternehmen und der sozialen Sicherung abzielt.

Drittens wird die wissenschaftliche und politische Mode des Wissensgesellschaftskonzepts aus dem Zusammenspiel konzeptexterner und -interner Faktoren erklärt: Als wichtigster externer Faktor wird die Legitimationskrise des modernen Kapitalismus identifiziert. Ein zentraler interner Faktor ist, dass die Vorstellung von der «Wissensgesellschaft» durch die Idee, «Wissen» sei zum «vierten Produktionsfaktor» avanciert, es besser als konkurrierende, sich an der neoklassischen ökonomischen Theorie orientierende Weltsichten vermag, zur Projektionsfläche der Bedürfnisse von Arbeitnehmenden nach Anerkennung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten zu werden. Es wird die These vertreten, dass eine zentrale gesellschaftspolitische Funktion der Rede von der «Wissensgesellschaft» darin besteht, den Glauben an die vorherrschende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung (wieder)herzustellen.

Einleitung

Kaum eine Vorstellung scheint die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Zukunft der europäischen Gesellschaft derart zu beherrschen wie die Vision der «Wissensgesellschaft». JournalistInnen und PolitikerInnen, führende Manager und Unternehmen sowie zahlreiche Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen werden nicht müde zu bekräftigen, dass wir uns auf dem Weg oder bereits in einer neuartigen Gesellschaftsformation befinden, in der «Wissen» zum zentralen Produktionsfaktor avanciert sei. Diese These stützt sich im Allgemeinen auf Veränderungen der letzten Jahre in den Bereichen der Produktion, der Verteilung und des Konsums. Und sie wird unentwegt verkündet, auch wenn es noch niemandem gelungen ist, glaubhaft aufzuzeigen, inwiefern diese Veränderungen eine neue Gesellschaftsformation hervorgebracht haben. Die Heilsprophetie der «Wissensgesellschaft» droht zu einer neuen «Meta-Erzählung» (Lyotard 1994) zu avancieren, einem zentralen handlungsleitenden Orientierungspunkt für den weiteren Fortschritt von Wirtschaft und Gesellschaft.

Vorliegender Artikel verfolgt das Ziel, die gesellschaftlichen Implikationen der Vorherrschaft des Wissensgesellschaftsdiskurses zu untersuchen.¹ Dabei wird angeknüpft an Karl Polanyis Untersuchung zur *Grossen Transformation* (1978, erste Auflage 1944), welche die primordiale Rolle der politischen Behörden bei wirtschaftlichen Transformationsprozessen aufzeigte. «Reine Ideen» gibt es nicht, wie Pierre Bourdieu (2000) hervorhob; vielmehr haben Ideen eine soziale Bedeutung und insofern, als ihnen eine Vorstellung vom Aufbau und Funktionieren der Gesellschaft zugrunde liegt, auch einen politischen Charakter. Das Erkenntnisinteresse bezieht sich folglich auf die *gesellschaftspolitische Bedeutung* des Wissensgesellschaftsdiskurses. Notwendig scheint mir dies allein schon deswegen, weil die Voraussetzungen für wissenschaftliche Arbeit untergraben werden, wenn Sozialwissenschaftler denselben Diskurs über die «Wissensgesellschaft» anstimmen wie die politischen und wirtschaftlichen Füh-

¹ Dieser Text wurde im Frühsommer 2008 verfasst. Die Argumentation nimmt daher nicht Bezug auf die zwischenzeitlich eingetretene Verschärfung der strukturellen Krise des finanzgesteuerten modernen Kapitalismus, die zu einer in der jüngsten Geschichte beispiellosen Infra-
gestellung der wirtschaftsliberalen Marktideologie geführt hat.

rungskräfte (vgl. Bourdieu 1998a: 19). Diese Arbeit führt die Auseinandersetzung mit der Wissensgesellschaftsdebatte fort, die ich mit Peter Streckeisen in einem Einleitungsartikel zum Sammelband *Ein neues Zeitalter des Wissens?* begann (Gemperle/Streckeisen 2007).

Im ersten Kapitel versuche ich eine Bestimmung der zentralen Eigenschaften des Diskurses der «Wissensgesellschaft», die sich trotz der unterschiedlichen Ausrichtungen der Bezüge auf das Konzept identifizieren lassen. Ich stütze mich dabei auf Stellungnahmen zentraler ProtagonistInnen der aktuellen Diskussion. Es zeigt sich, dass die verschiedenen Beiträge nicht allein durch die Teilnahme am selben Diskurs verbunden sind, sondern tatsächlich eine Reihe fundamentaler Merkmale teilen.

Kapitel 2 handelt vom politischen Gehalt der Vorstellung. Bekanntlich stellt die Realisierung der «Wissensgesellschaft» seit dem Lissabonner Sondergipfel vom März 2000 in der Europäischen Union ein zentrales politisches Leitmotiv dar. Anhand von offiziellen politischen Stellungnahmen wird analysiert, welches politische Programm dahinter steht. Es wird deutlich, dass die vorgeschlagenen Massnahmen darauf abzielen, weite Teile der Gesellschaft einem Prozess der Privatisierung und Industrialisierung zu unterwerfen und soziale wie ökonomische Rechte der Lohnabhängigen anzugreifen, um die gesellschaftliche Vormachtstellung der Grosskonzerne und der institutionellen Anleger abzusichern und auszubauen. SozialwissenschaftlerInnen, die den Begriff verwenden, tragen dazu bei, diese Politik zu legitimieren.

Im dritten Kapitel erörtere ich die gesellschaftspolitische Funktion des Begriffs. Als «Meta-Erzählung» weist der Diskurs der «Wissensgesellschaft» über die Legitimierung einer politischen Agenda hinaus. Es wird die These vertreten, dass eine zentrale gesellschaftspolitische Funktion der Rede von der «Wissensgesellschaft» darin besteht, den Glauben an die vorherrschende Sozial- und Wirtschaftsordnung (wieder)herzustellen, welcher der Bevölkerung angesichts ihrer verheerenden Konsequenzen zunehmend verloren gegangen ist.

1. Eigenschaften der sozialwissenschaftlichen Diskussion

Trotz der unterschiedlichen Definitionen und vielfältigen Bedeutungen, die der Begriff der «Wissensgesellschaft» in der Debatte annimmt, weisen die verschiedenen Diskussionsbeiträge einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf. Nachfolgend wird versucht, diese Eigenschaften anhand der Stellungnahmen von zentralen VertreterInnen des sozialwissenschaftlichen Diskurses zu bestimmen.

(1) Der Diskurs der «Wissensgesellschaft» ist erstens ein *prophetischer* Diskurs. Er proklamiert das Entstehen oder Bestehen einer neuartigen Gesellschaftsformation, ohne es empirisch zu belegen. Im gleichen Atemzug verkündet er – in der Logik des *radical chic* – einen Bruch zu den konzeptuellen Instrumenten, die sich in der Analyse moderner kapitalistischer Gesellschaft etabliert haben.² Entsprechend fehlen die zentralen sozialwissenschaftlichen Konzepte wie «Herrschaft», «Klasse», «Kapital», «Arbeit», «Ausbeutung» und «Ungleichheit». Die Wissensgesellschaftsdiskussion greift stattdessen auf neuartige Begriffe und Begriffsschöpfungen zurück wie beispielsweise «Wissensökonomie», «lebenslanges Lernen», «Kreativität» (z.B. Stehr 1994), «systemisches Wissensmanagement» (Willke 1998), «Wissenskulturen» (z.B. Knorr-Cetina 1998), «Nichtwissen» (Krohn 1998), «wissensbasierte Arbeit» (Stehr 1994), «Orte der Wissensproduktion» (Rammert 1998) und «organisierte Wissensarbeit» (z.B. Willke 1995). Diesen Konzepten wird weniger eine Bedeutung im Rahmen der modernen kapitalistischen Gesellschaft gegeben, sondern sie werden vielmehr aus der Verneinung von bestimmten typischen Phänomenen oder Figuren der vermeintlich zu Ende gehenden Industrie-, Arbeits- oder kapitalistischen Gesellschaft definiert, wie zum Beispiel des gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiters, die «materielle Produktion» oder die «Vollbeschäftigung» in den

² Diesem doppelten Bruch liegt die Illusion zugrunde, dass es zur Erfassung neuartiger gesellschaftlicher Verhältnisse neue Erkenntnisinstrumente braucht – so, als ob der Wandel der Verhältnisse nicht gerade durch die Anwendung bewährter Instrumente erst wirklich erfasst werden kann, und als ob sich der heuristische Wert neuer Konzepte nicht gerade in der Analyse bekannter Verhältnisse zeigt. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive findet mit diesem doppelten Bruch eine Abkehr von jeglichem wissenschaftlichen Anspruch statt.

Jahren des Wirtschaftsbooms. Insofern steht der Diskurs der «Wissensgesellschaft» in Kontinuität zu den seit den 1990er Jahren verstärkt florierenden «Zeitdiagnosen», für welche Daniel Bells These der «postindustriellen Gesellschaft» (Bell 1995) die Matrix darzustellen scheint.³

Als prophetischer Diskurs steht der Diskurs der «Wissensgesellschaft» zwar in einem widersprüchlichen Verhältnis zur realen Welt, bezieht sich aber auch auf reale Gegebenheiten. In der Regel werden – ähnlich wie schon bei Bell – Phänomene im Zusammenhang mit dem Wandel von Bildung, Wissenschaft und Technik fokussiert. Die Aufmerksamkeit wird meist auf die Folgen der Bildungsexpansion bzw. der Ausweitung von «wissenschaftlichen» Tätigkeiten gerichtet. Karin Knorr-Cetina (2002) spricht davon, dass «Wissensstrukturen in soziale Strukturen eindringen» würden. Für Nico Stehr (2001: 311) ist «Wissen» mehr denn je zuvor «in allen Bereichen unserer Gesellschaft Grundlage und Richtschnur menschlichen Handelns». Peter Weingart (1983) bezeichnet den Wandel schlicht als «Verwissenschaftlichung der Gesellschaft». Der Wissensgesellschaftsdiskurs nimmt also eine Verallgemeinerung von spezifischen Problemen der Veränderungen im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Technik auf die Gesamtgesellschaft vor.⁴

(2) Der Wissensgesellschaftsdiskurs ist zweitens ein *fortschrittsoptimistischer* Diskurs. Im Anschluss an Robert Mertons These, wonach die Expansion der Wissenschaft zu einer säkularen Demokratisierung führt, wird suggeriert, dass die «Verwissenschaftlichung der Gesellschaft» eine Verringerung sozialer Ungleichheiten mit sich bringe. Nico Stehr (1994) zufolge ist es eine Besonderheit von «Wissensgesellschaften», dass Wissen «immer grösseren Bevölkerungsschichten direkt oder indirekt zugänglich ist», wobei er unter «Wissen» die «Fähigkeit zum sozialen Handeln (Handlungsvermögen)» (Stehr 2001: 81) versteht. Er diagnostiziert insofern einen «Herrschaftsverlust durch Wissen» (Stehr

³ Nicolai Egloff (2000) weist darauf hin, dass die Postindustrialismus-These von Daniel Bell den konzeptuellen Hintergrund der Diskussion über die Wissensgesellschaft darstellt. Matthias Wiggins (2002) zeigt auf, dass auf diesen Sicht- und Teilungsprinzipien auch die These vom «Ende der Arbeitsgesellschaft» beruht.

⁴ Es ist nicht auszuschliessen, dass dieser Verallgemeinerung der häufigste aller soziologischen Fehler voraus geht, der darin besteht, von Veränderungsprozessen im eigenen Milieu auf die Entwicklung der Gesamtgesellschaft zu schliessen.

2003). Für Peter Weingart (2001: 15) wird «der Zugang zu wissenschaftlichem Wissen [...] prinzipiell für alle gesellschaftlichen Gruppen geöffnet».

Dieser fortschrittsoptimistische Diskurs blendet aus, dass das verbreitete «Wissen» von den Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen nicht mit den gleichen Mitteln zu Eigen gemacht werden kann. Dahinter liegt der Fehlschluss, dass es «sozial neutrale» Kulturgüter gebe. Analog zu Ulrich Becks Fahrstuhl-Effekt-These (1988) wird so getan, als würde die allgemeine Verbreitung von bestimmten Gegenständen eine «Nivellierung» (Schelsky 1965) der Verhältnisse mit sich bringen bzw. die Mechanismen der sozialen Selektion und Distinktion aufheben; auch wenn eines der ehernen Gesetze der sozialen Welt besagt, dass ein Objekt seinen Distinktionswert verliert, sobald es eine grosse Verbreitung erfährt (vgl. Bourdieu 1982). Für den Bildungsbereich, wo es mit der Bildungsexpansion zu einem gleichartigen Phänomen gekommen ist, hat die Forschung hinreichend belegt, dass die zunehmende Verbreitung von Bildungstiteln nicht zu einem Abbau der Chancenungleichheit geführt hat (für die Schweiz: z.B. Lamprecht/Stamm 1996, Stamm/Lamprecht/Nef 2003; für Deutschland: Vester et al. 2001, Geissler 2008). Im Diskurs der «Wissensgesellschaft» taucht dieser Fehlschluss nicht nur in der eher abstrakten Auseinandersetzung um die Diffusion von «Wissen» in die Gesellschaft auf, sondern auch in der sehr prominent geführten Debatte um die Verbreitung des Computers und der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).⁵

(3) Der Wissensgesellschaftsdiskurs ist drittens ein *wissenschaftspolitischer* Diskurs. Er fordert, dass die wissenschaftliche Produktion sich stärker in den Dienst der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte stellen soll. Dazu wird die Rolle des «Experten» zum Modell wissenschaftlicher Produktion stilisiert. Nico Stehr betont die wachsende Bedeutung von Expertenwissen (Stehr 1994: 350-418), besonders in politischen Entscheidungsprozessen (Stehr 2003). Karin Knorr-Cetina (2000: 153) zufolge sind Experten nicht nur «in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft [...] damit beschäftigt, Wissen zu produzieren»,

⁵ Für die Schweiz verkünden auf dieser Grundlage Arvanitis et al. (2003) den Siegeszug der «wissensbasierten Ökonomie», zu denen interessanterweise folgende Wirtschaftssektoren gerechnet werden: Banken, Versicherungen, chemische Industrie, Elektrotechnik, Maschinen- und Uhrenindustrie etc. (s. Arvanitis et al. 2003: 145).

sondern bestimmen «durch ihre permanente Wissenserzeugung [...] massgeblich die Strukturen [...], in denen wir handeln und kommunizieren.» Wolfgang Krohn sieht die Quelle künftiger Wissensproduktion in der Verbindung von Grundlagenwissen und anwendungsorientiertem Wissen, wie es beispielsweise in den in enger Zusammenarbeit mit den Behörden stattfindenden ökologischen «Realexperimenten» (Krohn/Gross/Hofmann-Riem 2003) der Fall ist. Und von Peter Weingart (2008) stammt der Ordnungsruf «Politikberatung ist eine wissenschaftliche Pflicht».

Diese Forderung wird nicht selten von einer Abgrenzung vom wissenschaftlichen Wahrheitsanspruch begleitet: Karin Knorr-Cetina (2002, bes. 12-15) beispielsweise stellt dem von der Einheit der Wissenschaft ausgehenden positivistischen Wissenschaftsbegriff das Konzept der «Wissenskulturen» entgegen. Peter Weingart (2001: 15, 18) spricht davon, dass die «Kriterien der Beurteilung von Qualität und Relevanz des Wissens [...] nicht mehr allein von der Wissenschaft selbst definiert [werden]», sondern vielmehr «stärker als zuvor auf politische und wirtschaftliche Zielsetzungen» ausgerichtet sein sollen. Schliesslich sieht Werner Rammert (1999, 2003) ein neues Regime der wissenschaftlichen Produktion kommen, das dem «industriellen Muster» folgt und einen «einschneidenden Traditionsbruch für den akademisch-universitären Kontext» mit sich bringe.

Die Beschwörung der wissenschaftlichen Expertise wird nicht selten von polemischen Stellungnahmen gegenüber kritischer Sozialwissenschaft begleitet: Peter Weingart (2001: 19) zum Beispiel meint in einer Fussnote versichern zu müssen, dass er «auch ältere Konnotationen der marxistischen Theorie» vermeidet. Nico Stehr (2005) kritisiert fortgesetzt die Vertreter der Frankfurter Schule. Besonders deutlich kommt die Frontstellung gegen kritische Positionen im Vorwort von Martin Carrier und Jörg Roggenhofer (2007: 10-11) zum Sammelband *Wandel oder Niedergang? Die Rolle der Intellektuellen in der Wissensgesellschaft* zum Ausdruck, wo der Versuch unternommen wird, den «wissenschaftsbasierten Ratgeber» mit dem Sozialprestige von sozialkritischen Intellektuellen auszustatten, indem der zweite als überholt und der erste zu nichts weniger als der «Intellektuellenfigur der Zukunft» hochstilisiert wird. Mit anderen Worten:

Die Wissenschaft soll ihren Autonomieanspruch aufgeben und sich an den Interessen der politischen und vor allem wirtschaftlichen Macht orientieren.

(4) Der Wissensgesellschaftsdiskurs ist viertens ein *antistaatlicher* Diskurs. Werner Rammert (2003) meint, in der «Wissensgesellschaft» würde nicht mehr der Staat das Innovationsgeschehen steuern, sondern «heterogene Innovationsnetzwerke», weshalb die (politische) Steuerung solcher Innovationsprozesse die «harte Standardisierung von Rahmenbedingungen» und den Einbezug von «risikofreudigen Unternehmern» und Grossunternehmen erfordere. Nico Stehr konstatiert einen Bedeutungsverlust des politischen und staatlichen Handlungsfelds (1994) und fordert im Gegenzug eine «Wissenspolitik» (2003), die im Sinne flankierender Massnahmen eine «bewusste Steuerung und Planung der ökonomischen und gesellschaftlichen Anwendung von zusätzlichen Erkenntnissen [...] durch Regeln und Sanktionen» (2003: 94) vorsieht – eine Steuerung, die notabene von internationalen Abhängigkeiten (2003: 96) und dem zunehmenden Interesse von Politik und Unternehmen an der Wissenschaft (2003: 112) auszugehen habe. Diese Argumentation fordert mehr oder weniger unterschwellig eine Abkehr von der staatlich garantierten Grundlagenforschung und Hinwendung zur (anwendungsorientierten) Auftragsforschung.

(5) Es überrascht daher wenig, dass der Diskurs der «Wissensgesellschaft» fünftens zur *Weltsicht der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte anschlussfähig* ist. Mit der Annahme, «Wissen» sei zum wichtigsten Produktionsfaktor avanciert, wird auf die (neo)klassische Sicht der sozialen Welt Bezug genommen, die in den Wirtschaftswissenschaften und bei den Führungskräften in Politik und Wirtschaft vorherrscht. Diese Weltsicht, die unter den Ökonomen derart dominant geworden ist, dass sie gar nicht mehr als solche wahrgenommen wird, konzipiert den Produktionsprozess als das Zusammenspiel verschiedener Faktoren und richtet die Aufmerksamkeit auf die Problematik der «richtigen» Kombination dieser Faktoren. Nicht nur viele Ökonomen, sondern auch viele Führungskräfte gehen inzwischen davon aus, dass die traditionellen Faktoren Arbeit, Kapital und Boden durch einen «vierten Produktionsfaktor» (Stewart 1998) ergänzt wurden, der mittlerweile zum wichtigsten avanciert sei. Über die Diskussion über die «Wissensgesellschaft» sind die Sozialwissenschaften anschlussfähig an die Diskussionen der politischen und wirtschaftlichen Füh-

rungskräfte, denen heute entweder (im Fall der Politik) aus der standortpolitischen Position oder (im Fall der Wirtschaft) aus der betriebswirtschaftlichen Position die Aufgabe zufällt, für eine möglichst profitable Kombination der Produktionsfaktoren zu sorgen.

Der Diskurs der «Wissengesellschaft» ist also prophetisch, fortschrittsoptimistisch, wissenschaftspolitisch, antistaatlich und zur Weltsicht der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte anschlussfähig. Als solcher ist er auch prädisponiert, weniger den Anforderungen der Wissenschaft als den Erwartungen von Akteuren der Felder Politik, Wirtschaft und Medien zu gehorchen. Dies ist ersichtlich am Rückgriff auf Konzepte, die nicht auf die Analyse realer Gegebenheiten abzielen, der notwendigerweise zu einer intellektuellen Produktion führt, die nicht vom Imperativ des empirischen Beweises beherrscht wird.⁶ Er zeigt sich aber auch besonders deutlich am Verkünden des Anbrechens einer neuen Gesellschaft, das allenfalls die politische und mediale Aufmerksamkeit zu erregen vermag.⁷ Wegen ihrer empirischen Verankerung kann die vermeintliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen nie mehr als simuliert werden. Es scheint, als würden die VertreterInnen der «Wissengesellschaft» mit ihrem Bemühen um technokratische Politikgestaltung vor allem darauf hinwirken, als Berater für Führungskräfte in Politik und Wirtschaft zu fungieren.

⁶ Das war schon bei Daniel Bell der Fall, der sich im Schnittfeld des politischen Journalismus und der Sozialwissenschaft bewegte. Es zeigt sich aber auch beim wohl prominentesten zeitgenössischen «Zeitdiagnostiker», Ulrich Beck, der nicht nur an der Universität einen Soziologielehrstuhl bekleidet, sondern sich von 1998–2006 vor allem einen Namen als «Stichwortgeber des Kanzlers» (Stork 2001) machte.

⁷ Die mangelnde Autonomie der Diskussion gegenüber der politischen und medialen Debatte kommt beispielsweise auch im Zeugenbericht einer politischen Philosophin zum Ausdruck, welche nach Aufnahme ihrer Recherchearbeiten zum Thema «Wissengesellschaft» irritiert zur Kenntnis nehmen musste, «sich [...] mitten in einer äusserst hitzigen tagespolitischen Debatte wieder zu finden» (Holland-Cunz 2005: 7).

2. Das politische Projekt

In diesem Kapitel will ich der Frage nachgehen, welche *policy* hinter dem Begriff der «Wissensgesellschaft» steht. Die «Wissensgesellschaft» stellt seit dem Lissabonner Sondergipfel im März 2000 ja immerhin das zentrale politische Leitmotiv der EU dar. Bei diesem Anlass verkündete der Europäische Rat, die Union bis zum Jahr 2010 zum «wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt» zu machen (Europäischer Rat 2000). Ein Blick auf die EU-Agenda soll verdeutlichen, welche konkreten Ziele und Massnahmen mit dem Wissensgesellschaftsbegriff im politischen Raum legitimiert und forciert werden.

Die Sichtung von offiziellen politischen Stellungnahmen der EU zwischen den Jahren 2000 und 2006 ergibt, dass das politische Projekt hinter dem Begriff der «Wissensgesellschaft» im europäischen politischen Raum auf folgenden drei Eckpfeilern beruht (Gemperle/Streckeisen 2007: 30-38): (1) Die Unterstützung von «Forschung und Innovation» und «wissensbasierten» Wirtschaftssektoren, (2) die Förderung flexibler Beschäftigung, «unternehmerischer» Arbeitsformen, des «lebenslangen Lernens» und anwendungsorientierter «Kompetenzen» und (3) die Liberalisierung des Dienstleistungssektors und die «Erneuerung der sozialen Schutzsysteme».

(1) Die Zielsetzung, Forschung und Innovation sowie «wissensbasierte» Wirtschaftssektoren zu verbessern, bezweckt, die Rentabilität von Forschung und Entwicklung (FuE) von privatwirtschaftlichen Unternehmen zu fördern. Diese anwendungsorientierte wissenschaftliche Arbeit ist im Zuge der Verwissenschaftlichung der industriellen Produktion für die Erfindung und Variation von Produkten und Verfahrenstechniken wichtiger geworden. Zugleich sind die FuE-Ausgaben für die einer immer schärfer der Konkurrenz ausgesetzten Grossunternehmen drastisch gestiegen. In dieser Situation sieht die Union ihre wichtigste Aufgabe darin, die Voraussetzungen für eine verbesserte ökonomische Verwertbarkeit dieser Arbeit zu schaffen: Zum einen sollen private wie öffentliche Forschungsinstitutionen durch die europaweite Integration und Standardisierung der FuE im Vergleich zur Konkurrenz aus den USA und Japan «wettbewerbsfähig» gemacht werden (Intensivierung der wissenschaftli-

chen Kommunikation, «konzertierte» FuE-Projekte in den Mitgliedstaaten, Entwicklung eines *benchmarking* zur Bewertung der FuE-Politiken der Mitgliedsländer). Zum anderen steht die Unterstützung von so genannten *start ups* und *spin-offs* über steuerliche Vergünstigungen und «Risikokapital» im Zentrum, während zugleich die Ausrichtung der Universitäten auf die Privatwirtschaft verstärkt wird (Europäische Kommission 2003, 8).

Wie der Ankündigung des Europäischen Rates an seiner Sitzung in Barcelona vom 15./16. März 2002 und dem von der Europäischen Kommission vorgelegten Bericht zur Umsetzung der «Lissabon-Strategie» (Europäische Kommission 2004a) zu entnehmen ist, sollen vor allem die «Bio- und Gentechnologie» in die Gunst dieser Förderung fallen, der ein aussergewöhnlich hohes ökonomisches Verwertungspotenzial zugesprochen wird. Im Rahmen der «Strategie für Biowissenschaften und Biotechnologie» wurden daher bereits die Einrichtung eines gesetzlichen Rahmens für gentechnisch veränderte Organismen, die Verstärkung der Forschungsmittel⁸ sowie die Aufstockung der Zahl der im Bereich der Biotechnologie arbeitenden WissenschaftlerInnen realisiert. Ein weiteres zentrales Element stellt die Einrichtung eines EU-Patents dar, das die nationalen Patent-Regulierungen der EU-Mitgliedsländer ersetzen soll. Dies steht im Interesse von Unternehmen, deren Geschäft auf der Patentierung und Lizenzierung von Forschungsergebnissen beruht. Besonders im Bereich der Pharmaindustrie werden dadurch heute hohe Margen realisiert. Das «Gemeinschaftspatent» bietet den Konzernen eine umfassende Garantie für die Rentabilität ihrer Investitionen in FuE im gesamten EU-Raum.⁹

(2) Der zweite Pfeiler des «Wissengesellschafts»-Projektes der EU zielt darauf ab, den Gebrauchswert der Arbeitskraft für die Kapitalverwertung zu

⁸ Im Rahmen des 6. Rahmenforschungsprogramms, das sich von 2003 bis 2006 erstreckte, wurden insgesamt beinahe € 3 Mrd. für den Bereich «Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie» aufgewendet (Europäische Kommission 2004a). Nur schon die europäischen Biotechnologieunternehmen investierten im Jahr 2002 € 7,5 Mrd. in die Forschung, ganz zu schweigen von den Unternehmen der pharmazeutischen und chemischen Industrie, deren Aufwendungen um ein Vielfaches höher sind.

⁹ Durch das EU-Patent soll ausgerechnet in Zeiten der «Wissengesellschaft» die Zirkulation von Zwischen- und Endergebnissen behindert werden – und dadurch die wissenschaftliche Entwicklung insgesamt.

steigern. Dem obersten Ziel der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik der Union, der *employability*, zufolge sollen sich die (angehenden) Lohnabhängigen vollumfänglich den Interessen von Unternehmen unterwerfen (Gottschall 2000; Lohmann 1999). Die Lissabon-Strategie sieht eine Reihe von Massnahmen vor, welche die Arbeitsverhältnisse flexibilisieren und «unternehmerische» Arbeitsformen einführen:¹⁰ Befristete Anstellungen und prekäre Beschäftigung sollen ausgedehnt, der Leistungslohn eine grössere Bedeutung erhalten, die Lohnnebenkosten gesenkt und von den Beschäftigten mehr «Eigenverantwortung» für ihre soziale Sicherheit übernommen werden (Europäische Kommission 2004b). Zudem soll mit der Erhöhung des Anteils der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung bis ins Jahr 2010 von 61 auf 70 Prozent das Reservoir an «verwertbaren» Arbeitskräften beträchtlich vergrössert werden.

Darüber hinaus soll das Bildungssystem im Dienste der Steigerung der Profitabilität der Arbeitskräfte umgestaltet werden (Europäische Kommission 2000, 2003). Ein zentrales Element dafür ist die Umdefinition des Qualifikationsprofils, wobei sich die EU hier auf Vorarbeiten des European Round Table of Industrialists (ERT)¹¹ stützt: Fähigkeiten und Fertigkeiten sollen von Unternehmen je nach Bedarf einzeln anerkannt und entschädigt werden, nicht mehr entsprechend dem Bildungsabschluss. Anstelle der Erlangung von Allgemeinbildung tritt die Aneignung von «Kompetenzen», die weniger mit einer bestimmten (humanistischen) Kultur verbunden sind als mit der Fähigkeit, auf neues Wissen zuzugreifen und es in unvorhergesehenen Situationen zu mobilisieren (z.B. «Sozialkompetenzen», «Sprachkompetenzen» und «technologische Kompetenzen»). Nach dieser Logik soll die Grundausbildung vor allem darin bestehen, die (angehenden) Lohnabhängigen dazu zu befähigen, sich in einer ständig wechselnden wirtschaftlichen Umgebung zurechtzufinden (Hirtt 2001). Nach der Grundausbildung sollen sie entsprechend den Bedürfnissen von Unternehmen «lebenslanglich lernen». Zentral für die Lissabon-Strategie ist auch das Projekt des *eLearning*, das auf die flächendeckende Einführung von IKT in den

¹⁰ Siehe dazu das im Juli 2001 von der EU-Kommission vorgelegte Grünbuch zur Unternehmensverantwortung, das die Diskussion um «Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen» anregen sollte.

¹¹ Der ERT ist der mächtigste Lobbyverband der grossen Industriekonzerne in der EU. Zur Rolle des ERT im Prozess der europäischen Integration vgl. Bornschieer 2000 und Balanyá et al. 2001.

Schulen und den Einsatz elektronischer Hilfsmittel im Unterricht abzielt: Mit ihm sollen zum einen SchülerInnen sich «technologische Kompetenzen» aneignen, um später als Lohnabhängige in einer von den neuen Technologien beherrschten Umwelt produktiv arbeiten und als KonsumentInnen die entsprechenden Multimediaprodukte kaufen zu können (Hirtt 2001). Zum anderen befördert das *eLearning* die Entstehung eines Marktes für elektronische schulische Lehrmittel und Ausrüstungsgüter (Europäische Kommission 2000, 4).

(3) Der dritte Eckpfeiler des «Wissensgesellschafts»-Programms der EU betrifft die Liberalisierung des Dienstleistungssektors und die «Erneuerung der sozialen Schutzsysteme» (Europäische Kommission 2002). Hier geht es darum, gesellschaftliche Bereiche, die staatlich kontrolliert werden, der privatwirtschaftlichen Logik der Profitmaximierung zu unterwerfen. Zur Rechtfertigung dieses Schrittes wird auf die «leeren Kassen» verwiesen, welche eine «nachhaltige Finanzierung» dieser Bereiche angeblich verunmöglichten. Besonders die öffentlichen Dienste wurden mit dem Argument der «leeren Kassen» in den vergangenen Jahren nach dem Vorbild privatwirtschaftlicher Betriebe reorganisiert (*new public management*) und in unternehmerische Einheiten (*profit center*) zerlegt, was die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse einschloss. Mit einer europaweiten Liberalisierung der Dienstleitungen sollen diese Einheiten nun im EU-Raum zueinander in Konkurrenz gesetzt werden (Europäische Kommission 2004c). Einen Nutzen erhoffen sich davon vor allem Investoren, für die das Produktivitätspotenzial der öffentlichen Dienste grosse Gewinne zu versprechen scheint: Die öffentlichen Dienste weisen in ihrer bestehenden Form zwar eine im Vergleich zur industriellen Produktion in der Regel geringe Produktivität auf, die gesellschaftliche Nachfrage nach ihnen hat in den vergangenen Jahrzehnten jedoch fortlaufend zugenommen (Husson 2004). In den meisten EU-Ländern entfallen auf den Dienstleistungssektor immerhin rund sieben Zehntel des BIP und der Beschäftigung.

Die soziale Sicherung, die weiterhin im Zuständigkeitsbereich der EU-Mitgliedsstaaten liegt, erfährt bei der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, bei der Altersvorsorge und bei der Gesundheitsvorsorge jeweils einen Paradigmenwechsel (Europäische Kommission 2002): Die Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird auf das Ziel der «sozialen Eingliederung» ausgerichtet. Die Arbeitslosenversiche-

lung verwandelt sich dadurch zu einem Instrument, das die Arbeitslosen und Nicht-Erwerbstätigen zur Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsprogrammen und zur Annahme aller «zumutbaren» Arbeitsangebote zwingen kann. Bei der Altersvorsorge erfolgt eine Schwerpunktverlagerung vom staatlich organisierten, solidarischen Umlageverfahren zum privaten Kapitaldeckungsverfahren. Dazu gehören auch die Anhebung des Rentenalters, die Erhöhung der Beitragsjahre für die Vollrente, die Kürzung des Auszahlungssatzes und die Orientierung des Rentenindex' an der Preisentwicklung statt an der Lohnentwicklung. In der Gesundheitsversorgung werden privatwirtschaftliche Mechanismen eingeführt, staatliche Leistungen gesenkt und Pflegeaufgaben auf gemeinnützige Organisationen und Familienmitglieder (vor allem Frauen) abgewälzt.

Wie unsere summarische Analyse der Lissabon-Strategie der EU zeigt, steht hinter dem Wissensgesellschaftsbegriff ein konzises politisches Projekt: Es besteht erstens in der Förderung der Biotechnologie, der IKT-Branche und anderer «Spitzentechnologien» des industriellen Sektors, um rentable Investitionsfelder zu eröffnen und entwickeln. Zweitens zielt es auf die Restrukturierung der gesamten Arbeitswelt und des Bildungswesens ab. Die Lohnabhängigen sollen zu «selbstverantwortlichen Unternehmern» werden, die sich als Humankapital begreifen und die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft selbst organisieren. Der Imperativ des «lebenslangen Lernens» hält sie dazu an, sich an die Anforderungen flexibler Arbeitsmärkte anzupassen. Drittens sollen die öffentlichen Dienstleistungen und die soziale Sicherung liberalisiert und privatisiert werden, um neue Investitionsfelder zu eröffnen. Insgesamt scheint es beim EU-Projekt der «Wissensgesellschaft» folglich darum zu gehen, weite Teile der Gesellschaft einem Prozess der Privatisierung und Industrialisierung zu unterwerfen und soziale wie ökonomische Rechte der Lohnabhängigen anzugreifen.¹²

¹² Was die vom Lissaboner Vertragswerk anvisierte Sozialpolitik betrifft, wird in den Zielbeschreibungen und den allgemeinen Aufgabenstellungen in Teil I ausführlich vom Sozialstaat gesprochen. Die Systeme sozialer Sicherung sind jedoch der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft untergeordnet und die Bestimmung ihrer Grundprinzipien bleibt der Kompetenz der Mitgliedsstaaten vorbehalten (Deppe 2003: 76, Scharpf 2003, 55, Urban 2004). Dieses Arrangement befördert allenfalls einen Prozess der Angleichung der Sozialstandards nach unten (Fisahn 2007: 875). Von Wolfgang Abendroth (1967: 109, 112) stammt die Einsicht, dass das Sozialstaatsprinzip in einer kapitalistischen Gesellschaft erst dann realisiert werden kann, wenn die Eigentumsrechte rechtlich begrenzt werden.

Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen, die den Begriff «Wissensgesellschaft» affirmativ verwenden, tragen spätestens seit dem EU-Gipfel im März 2000 dazu bei, dieser Politik den Anschein der Objektivität zu verleihen und sie dadurch zu legitimieren.¹³

¹³ Auf den autoritären Charakter dieser (technokratischen) Verwendung von Wissenschaft hat Peter Ulrich (1993) in seiner Habilitationsschrift *Transformation der ökonomischen Vernunft: Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft* prägnant hingewiesen. Unter dem Abschnitt «Verwissenschaftlichung der Gesellschaft» konstatierte der Wirtschaftsethiker bereits in den 1980er Jahren: «So wie die Durchökonomisierung der Lebenswelt die faktische (Re-) Politisierung der Ökonomie unvermeidlich zur Folge hatte, so folgt der (falsch verstandenen) Verwissenschaftlichung der Politik die *Politisierung der Wissenschaft* auf dem Fuss.» (Ulrich 1993: 163, Hervorhebung durch den Autor)

3. Die gesellschaftspolitische Funktion

Wie das vorangehende Kapitel gezeigt hat, ist der Wissensgesellschaftsdiskurs innig mit der Europäischen Union verknüpft. Seine gesellschaftspolitische Bedeutung lässt sich meines Erachtens aber nicht auf die Legitimierung ihrer politischen Agenda reduzieren. Die Vertreter der «Wissensgesellschaft» beanspruchen für ihre Sicht- und Teilungsprinzipien ja eine gesamtgesellschaftliche Geltung. Daher muss das Verhältnis des wissenschaftlichen Diskurses zu den bestehenden Verhältnissen diskutiert werden, was Gegenstand dieses abschliessenden Kapitels ist.

Die Konjunktur des Wissensgesellschaftsdiskurses wäre selbstverständlich ohne bestimmte Entwicklungen innerhalb Europas nicht möglich gewesen:

(1) Die wichtigste Voraussetzung dazu stellt sicher der Prozess der europäischen Integration dar, der besonders seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 verstärkt vorangetrieben wurde. Durch den Maastrichter Vertrag wurde mit der EU ein neues überstaatliches politisches Gebilde geschaffen, das im Wesentlichen die gemeinsame Wirtschaftspolitik gestaltet; die darauf folgenden Anschlussverträge (Amsterdamer Vertrag 1997 und Vertrag von Nizza 2001) haben diese Zusammenarbeit verstärkt und festgeschrieben. Dieser Prozess hat zu einer Reihe von Phänomenen geführt, auf die in der Diskussion Bezug genommen wird (z.B. Abnahme staatlicher Handlungsfähigkeit in der Wirtschaftspolitik).

(2) Ein weiterer Faktor, der die Konjunktur und thematische Zuspitzung des Begriffs innerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften erklärt, ist sicher, dass die EU auf ihrem Lissabonner Sondergipfel im März 2000 die Realisierung der «Wissensgesellschaft» zum Leitmotiv ihres politischen Programms der nächsten zehn Jahre erklärt hat. Dies zeigt sich allein schon im exponentiellen Anstieg der Publikationen mit diesem Titel seit 2000. Ein nicht unbedeutender Aspekt dieses Faktors ist, dass innerhalb der EU zeitgleich das Budget zur Forschungsförderung massiv aufgestockt wurde, was dazu führte, dass gerade auch die Forschenden der Sozial- und Geisteswissenschaften ihre Produktion vermehrt unter dem Schlagwort «Wissensgesellschaft» präsentierten.

(3) Die Konjunktur des Wissensgesellschaftsbegriffs in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften wäre aber zweifelsohne nicht möglich gewesen, wenn sich die moderne kapitalistische Gesellschaft nicht in einer grossen Legitimitätskrise befinden würde. Aufgrund der verheerenden Folgen der unter dem Label «Neoliberalismus» betriebenen wirtschaftsliberalen Politik¹⁴ verfügen die vorherrschende soziale und wirtschaftliche Ordnung und diejenigen, die sie repräsentieren, in der Bevölkerung über wenig Glaubwürdigkeit. Beispielsweise setzt heute ein verhältnismässig geringer Teil der Menschen ihre Hoffnungen in das politische Establishment, das diese Situation mitzuverantworten hat.¹⁵ Inzwischen sind darum selbst die herrschenden sozialen Gruppen besorgt. Folgende Frage von Martin Wolf, Wirtschaftskommentator der «Financial Times» (London) und einer der einflussreichsten Journalisten der Gegenwart, bringt ihre Beunruhigung auf den Begriff: «Wird es möglich sein, in den reichen Ländern den politischen Konsens für eine liberalisierte und global in-

¹⁴ Diese Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Handlungs- bzw. Profitmaximierungsspielräume von privatwirtschaftlichen Unternehmen ausweitet, indem tarifliche, arbeitsrechtliche und andere Auflagen abgebaut und die Steuerabgaben für natürliche und juristische Personen gesenkt werden (Halimi 2006). Zudem sieht sie eine Kürzung der Staatsausgaben vor, etwa durch die Senkung des finanziellen Aufwandes für staatliche Unternehmen oder gar deren Privatisierung (Pelizzari/Zeller 2005); eine Austeritätspolitik, von der besonders die Bereiche der «linken Hand des Staates» (Bourdieu 1998b: 9-17) betroffen sind, d.h. die Bereiche der Bildung, der Gesundheit und des Sozialstaats (welche der «rechten Hand des Staates» der Finanzminister, der öffentlichen und privaten Banken etc. gegenüber steht). Bestandteil dieses Arrangements ist darüber hinaus, dass die «Diktatur der (liberalisierten) Finanzmärkte» (Hufschmid 2002) zur Aufrechterhaltung der Profitrate zunehmend die privatwirtschaftlichen Unternehmen zu Restrukturierungen und Arbeitsplatzkürzungen anhält. Pierre Bourdieu (1998b: 108-119) bemerkt daher treffend, dass es bei der neoliberalen Politik darum geht, die Utopie einer grenzenlosen Ausbeutung der Menschen durch den modernen Kapitalismus zu realisieren. Die Folgen dieses Prozesses für die Arbeits- und Lebensbedingungen eines Grossteils der Bevölkerung sind erheblich: Es kommt zu einer Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, vor allem bei Lohnabhängigen in mittleren und unteren Soziallagen (Bankoff et al., 2004; Bittlingmayer, 2001; Bultmann & Schöller, 2003; Castel, 2000; Chaponnière et al., 2007; Klinger & König, 2006; Paugam, 2007; Schöller, 2007; Vogel, 2006). Ausserdem findet durch die «Diktatur der Finanzmärkte» eine gewaltige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben statt (Hufschmid 2002). – Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Genese und Bedeutung des Begriffs «Neoliberalismus», siehe François Denord (2007).

¹⁵ Einer kürzlich veröffentlichten Umfrage von *infratest dimap* zufolge, die vom Ersten Deutschen Fernsehen in Auftrag gegeben wurde, sind 72 Prozent der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung mit der aktuellen Regierung unzufrieden – und 52 Prozent gar mit dem Funktionieren des politischen Systems insgesamt (INFRATEST-DIMAP 2008).

tegrierte Wirtschaft zu erhalten?» Eine neue «Meta-Erzählung», die den Glauben an den modernen Kapitalismus erneuert, tut für die herrschenden Klassen Not.

Der Glaube an die hiesige Gesellschaftsordnung musste seit Durchsetzung der neuen wirtschaftsliberalen Politik in den 1980er und besonders dann in den 1990er Jahren verstärkt geschaffen werden. Dies kommt nicht zuletzt in den ab den 1990er Jahren vermehrt zirkulierenden «Gesellschaftsdiagnosen» zum Ausdruck. Nicht zu unrecht wird mancherorts betont, dass die Diskussion über die «Wissengesellschaft» in Kontinuität zu ihnen steht. Auch bei dieser geht es vor allem darum, den Glauben an die vorherrschende Sozial- und Wirtschaftsordnung aufrecht zu erhalten. Alles erweckt den Anschein, dass der Wissensgesellschaftsdiskurs sich vor allem deshalb durchgesetzt hat, weil er es besser als jede andere im Umlauf sich befindliche «Meta-Erzählung» («Informationsgesellschaft» etc.) schafft, das zeitgenössische Wirtschaftssystem (finanzgetriebener moderner Kapitalismus) zu legitimieren.

Gerade die Vertreter der «Wissengesellschaft» beschwören beflissentlich die wirtschaftsliberalen Kampfbegriffe «Globalisierung», «Markt» und «Wettbewerb». Bei Karin Knorr-Cetina (1998) ist der «Markt» nichts Geringeres als der «Ort der Wahrheit», der die Wirksamkeit politischer Entscheidungen, gesellschaftlicher Initiativen und kultureller Projekte strukturiert. Diejenigen Akteure, die in ihren Augen «mit der Globalisierung» «intelligent handeln und lernen», sind die «schnellen Dienstleistungsorganisationen [...] Industrie und Handel» (Knorr-Cetina 2000: 156). Für Helmut Willke (1998: 81) ist der «Markt» die Voraussetzung für das «systemische Management», da es einer Organisation dazu verhilft, «ihre strategischen Ziele besser, schneller und effizienter zu erreichen, um [...] damit insgesamt ihr Überleben im Wettbewerb zu ermöglichen». Auch Nico Stehr referiert mit seinen Thesen auf die Fiktion des selbst regulierten Marktes: Die Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der «Märkte» hat für ihn dazu geführt, dass Strukturen zunehmend «selbst produziert» werden (Stehr 2001: 13). Dazu würde das Marktgeschehen verstärkt von nicht-ökonomischen Faktoren wie «Moral» abhängen (Stehr 2007). Sabine Maasen und Peter Weingart (2006) wiederum fordern eine unternehmerische Wissenskultur.

Den Glauben an die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung wiederherzustellen, ist bestimmt die wichtigste gesellschaftspolitische Funktion des Wissensgesellschaftsdiskurses. Sein «Zauber» liegt darin, mit der Idee des «vierten Produktionsfaktors» der Vorstellung zum Durchbruch verholfen zu haben, dass nur Unternehmer die Gesellschaft auf den richtigen Weg ins «Zeitalter des Wissens» und der Information führen und ihr eine neue Dynamik verleihen könnten. Der Unternehmer wird zur einzigen Quelle von Innovation und Fortschritt verklärt und mit geradezu magischen Kräften ausgestattet. Er ist das Modell, nach dem sich die Menschen verhalten müssen, um Lebensunterhalt und Existenzberechtigung zu «verdienen» (im ökonomischen wie im moralischen Sinn). Dabei ist hinreichend bekannt, dass es nur eine kleine Zahl grosser Unternehmer gibt, während viel mehr Menschen, seien sie abhängig Beschäftigte, Scheinselbständige oder kleine Unternehmer, zugleich Teil von deren Projekten und Unternehmungen sind, und über die zentralen Fragen der Unternehmensführung nicht zu entscheiden haben. Eine Weltsicht, die Menschen als Inhaber des vermeintlich wichtigsten «Produktionsfaktors» darstellt, vermag indessen in geradezu idealer Weise zugleich bei den Menschen die Akzeptanz für die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu erheischen und bei ihnen die Begeisterung für eine Politik zu wecken, die auf ihre grenzenlose Ausbeutung abzielt – umso mehr, als diese Weltsicht sich als Alternative zum inzwischen weniger positiv konnotierten Neoliberalismus darstellt. Insofern bewerkstelligt der Diskurs über die «Wissensgesellschaft» just jene Erneuerung der liberalen Weltsicht, die notwendig ist, um eine wirtschaftsliberale politische Agenda weiterführen zu können. Es ist daher kein Zufall, dass die Protagonisten des sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskurses der «Wissensgesellschaft» bei den politischen und wirtschaftlichen Führungskräften ein grosses Interesse erfahren.

Welche Einsätze beim Diskurs der «Wissensgesellschaft» im Spiel sind, zeigt sich nirgends deutlicher als in den Gratifikationen, welche die EU denjenigen SozialwissenschaftlerInnen in Aussicht stellt, welche sich in ihren Augen besonders wirksam um die Erzeugung des Glaubens an den Begriff bemühen. Auf diese Nachfrage zu reagieren prädestiniert sind im Allgemeinen vor allem Intellektuelle, die durch die doppelte Ablehnung von den Herrschenden und von den Linksintellektuellen dominiert werden. In ihrer Produktion oft den

Sorgen der politischen Führungskräften nahe stehend, scheinen diese meist in den Disziplinen der Rechts-, der Politik- und der Wirtschaftswissenschaften zu findenden Intellektuellen am besten geeignet, der technokratischen Nachfrage nach Legitimationswissen nachzukommen. Der von der Kommission der Europäischen Union verliehene und mit einer mehrjährigen finanziellen Förderung in der Höhe von 45'000 Euro verbundene Jean-Monnet-Lehrstuhl für europäische Sozialwissenschaften jedenfalls wird besonders an sie verliehen. Es erstaunt daher wenig, dass dieser Preis im Jahr 2005 just an denjenigen Europa«forscher» verliehen wurde, der sich wie kein zweiter seit Ende der 1990er Jahre darum bemühte, das Konzept der Wissensgesellschaft in verschiedene Themenfeldern einzuführen und ihm durch synthetisierende Texte einen Eigenwert zu verleihen. Seine Produktion soll offenbar zu einer Richtschnur für die künftigen europäischen Sozialwissenschaften avancieren.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, W. (1975): Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied; Berlin: Luchterhand, S. 109-138
- Arvanitis, S./Hollenstein, H./Marmet, D. (2003): Die Schweiz auf dem Weg zu einer wissensbasierten Ökonomie: eine Bestandesaufnahme, Bern: Staatssekretariat für Wirtschaft
- Balanya, B. et al. (2001): Konzern Europa: die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Rotpunktverlag: Zürich
- Bankoff, G. et al. (2004): Mapping vulnerability: disasters, development, and people, London; Sterling: Earthscan Publications
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Bell, D. (1973): The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting, New York: Basic Books
- Bittlingmayer, U. (2001): ‚Spätkapitalismus‘ oder ‚Wissengesellschaft‘?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36, 15-22
- Bornschier, V. (Hrsg.) (2000): State-building in Europe: the revitalization of Western European integration. Cambridge; New York: Cambridge University Press
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Bourdieu, P. (1998a): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz: Universitätsverlag
- Bourdieu, P. (1998b): La main gauche et la main droite de l'État, in: ders.: Contre-feux. Propos pour servir à la résistance contre l'invasion néolibérale, Paris: Raisons d'agir, S. 9-17
- Bourdieu, P. (2000): Meditationen: zur Kritik der scholastischen Vernunft, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Bultmann, T./Schöller, O. (2003): Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslänglich! Oder: die langfristige

- Entwicklung und politische Implementierung eines postindustriellen Bildungsparadigmas, in: PROKLA, 131, S. 332-354
- Carrier, M./Roggenhofer, J. (2007): Vorbemerkungen, in: dies. (Hg.), Wandel oder Niedergang? Die Rolle der Intellektuellen in der Wissensgesellschaft, Bielefeld: Transcript, S. 7-11
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: Universitätsverlag
- Chaponnière, M. et al. (2007): Bildung und Beschäftigung: Beiträge der internationalen Konferenz in Bern, Zürich: Rüegger
- Denord, F. (2007): Neoliberalisme version française. Histoire d'une idéologie politique, Paris: Demopolis
- Deppe, F. (2003): Europäische Integration, Sozialmodell und Gewerkschaften, in: Albrecht, S./Goldtschmidt, W./Stuby, G. (Hrsg.): Die Welt zwischen Recht und Gewalt. Internationale Sozialordnung, Völkerrecht und Demokratie. VSA: Hamburg
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1998): Schlussbericht der Enquete-Kommission: Globalisierung und Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Leske+Budrich, Opladen
- Egloff, N. (2000): Wissen, Arbeit und Organisation. Die Theorie der Wissensgesellschaft als Gesellschaftstheorie, Darmstadt: EPDA – Elektronische Publikationen Darmstadt, URL://elib.tu-darmstadt.de/diss/000093/disslhb.pdf
- Europäische Kommission (2000): eLearning – Gedanken zur Bildung von Morgen, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Kommission (2002): Soziale Sicherheit in Europa 2001, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Kommission (2003): Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Kommission (2004a): Biowissenschaften und Biotechnologie: eine Strategie für Europa – zweiter Fortschrittsbericht und Orientierungen für die Zukunft. Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Luxem-

- burg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Kommission (2004b): Die Herausforderungen Annehmen. Die Lisbon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Kommission (2004c): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäische Kommission (2005): Growth and jobs: a new start for the Lisbon strategy. Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso an der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2005 in Strasbourg, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat von Lissabon. Frühjahrstagung vom 23. und 24. März 2000, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Europäischer Rat (2006): Presidency conclusions: European Spring Council, March 2006, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
- Fisahn, A. (2007): Soziale Rechte – Normierungen im Grundgesetz und im Entwurf der EU-Verfassung, in: UTOPIE kreativ, 203, S. 969-877
- Geissler, R. (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands: zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften
- Gemperle, M./Streckeisen, P. (2007): Einleitung zur Diskussion über die «Wissensgesellschaft», in: dies. (Hrsg.): Ein neues Zeitalter des Wissens? Kritische Beiträge zur Diskussion über die Wissensgesellschaft, Zürich: Seismo, S. 9-60
- Gottschall, K. (2000): The Employable European Citizen: Beyond Gender, Class and Ethnicity, in: Fourth European Feminist Research Conference, 28 September – 1st October 2000, Bologna

- Heidenreich, M. (1998): Die duale Berufsausbildung zwischen industrieller Prägung und wissenschaftlichen Herausforderungen, in: Zeitschrift für Soziologie, 27/5, S. 321-340.
- Heidenreich, M. (1999): Gibt es einen europäischen Weg in die Wissensgesellschaft?, in: Schmidt, G./Trinczek, R. (Hrsg.): Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Baden-Baden: Nomos, S. 293-323
- Heidenreich, M. (2000a): Regionale Netzwerke in der globalen Wissensgesellschaft, in: Weyer, J. et al. (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München; Wien: Oldenbourg, S. 87-110
- Heidenreich, M. (2000b): Die Organisationen der Wissensgesellschaft, in: Hubig Chr. (Hrsg.): Unterwegs zur Wissensgesellschaft: Grundlagen, Trends, Probleme, Berlin: Sigma, S. 107-118
- Heidenreich, M. (2002a): Merkmale der Wissensgesellschaft, in: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung u.a. (Hrsg.): Lernen in der Wissensgesellschaft. Innsbruck, S. 335-363
- Heidenreich, M. (2002b): Konturen der Wissensgesellschaft, URL: <http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/dokumente/konturen2002.pdf>
- Heidenreich, M. (2003): Die Debatte um die Wissensgesellschaft, in: Böschen, S./Schulz-Schaeffer, I. (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 25-51
- Heidenreich, M. (2004): Knowledge-Based Work: An International Comparison, in: International Management, 8/3, S. 65-80
- Heidenreich, M. (2006): Die Organisationen der Wissensgesellschaft. Zwischen regionalem und grenzüberschreitendem Lernen, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Verfasstheit der Wissensgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 43-56
- Heidenreich, M./Töpsch, K. (1998): Die Organisation von Arbeit in der Wissensgesellschaft, in: Industrielle Beziehungen, 5/1, S. 13-42
- Hirtt, N. (2000): Les nouveaux maîtres de l'Ecole. L'enseignement européen sous la coupe des marchés, Bruxelles : Editions EPO

- Holland-Cunz, B. (2005): Die Regierung des Wissens. Wissenschaft. Politik und Geschlecht in der «Wissensgesellschaft», Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Hufschmid, J. (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg: UVK
- Husson, M. (2004): Der Kapitalismus nach der ‚neuen Ökonomie‘, in: Zeller Chr. (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 127-159
- Infratest-Dimap (2008): ARD-DeutschlandTREND, URL: <http://www.infratest-dimap.de/?id=16>
- Klinger, N./König, J. (2006): Einfach abgehängt: ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland, Berlin: Rowohlt Berlin
- Knorr-Cetina, K. (1998): Sozialität mit Objekten. Soziale Beziehungen in post-traditionalen Wissensgesellschaften, in: Rammert, W. (Hrsg.): Technik und Sozialtheorie, Frankfurt/M.: Campus, S. 83-120
- Knorr-Cetina, K. (2000): Die Wissensgesellschaft, in: Pongs, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, München: Dilemma Verlag, S. 149-170
- Knorr-Cetina, K. (2002): Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Krohn, W. (1998): Rekursive Lernprozesse. Experimentelle Praktiken in der Gesellschaft. Das Beispiel der Abfallwirtschaft, in: Rammert, W./Bechmann, G (Hrsg.): Technik und Sozialtheorie, Frankfurt/M.: Campus, S. 65-89
- Krohn, W. (2003): Das Risiko des (Nicht-)Wissens. Zum Funktionswandel der Wissenschaft in der Wissensgesellschaft, in: Böschen, S./Schulz-Schaeffer, I. (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Krohn, W./Gross, M./Hoffmann-Riem, H. (2003): Realexperimente: Robustheit und Dynamik ökologischer Gestaltungen in der Wissensgesellschaft, Soziale Welt, 54/3, S. 241-258
- Krücken G. (2002): «Wissensgesellschaft»: Wissenschaft, Technik und Bildung, in: Volkmann, U./Schimank, U. (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen II, Opladen: Leske + Budrich, S. 69-86
- Lamprecht, M./Stamm, H. (1996): Soziale Ungleichheit im Bildungswesen, Bern: Bundesamt für Statistik

- Lohmann, I. (1999): Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft, in: Gogolin, I./Lenzen, D. (Hrsg.): Medien-Generation. Beiträge zum 16. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Opladen: Leske+Budrich, S. 183-208
- Lyotard, J.-F. (1994): Das postmoderne Wissen: ein Bericht, Graz: Passagen Verlag
- Maasen, S./Weingart, P. (2006): Unternehmerische Universität und neue Wissenschaftskultur, in: die hochschule, 15/1, S. 19-45
- Offe, C. (1983): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?, in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentags in Bamberg 1982, Frankfurt/M.; New York, Campus, S. 38-65
- Paugam, S. (2007): Repenser la solidarité. L'apport des sciences sociales, Paris: PUF
- Pelizzari, A./Zeller, C. (2005): Service Public: Perspektiven jenseits der Privatisierung, Zürich: Rotpunktverlag
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Rammert, W. (1999): Produktion von und mit «Wissensmaschinen». Situationen sozialen Wandels hin zur «Wissensgesellschaft», in: Konrad, W./Schumm, W. (Hrsg.): Wissen und Arbeit. Neue Konturen von Wissensarbeit, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 40-57
- Rammert, W. (2000a). Auf dem Weg zu einer post-schumpeterianischen Innovationsweise. Institutionelle Differenzierung, reflexive Modernisierung und interaktive Vernetzung im Bereich der Technikentwicklung, in: ders. (Hrsg.), Technik aus soziologischer Perspektive 2. Kultur – Innovation – Virtualität, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 157-173
- Rammert, W. (2003): Zwei Paradoxien einer innovationsorientierten Wissenspolitik: Die Verknüpfung heterogenen und die Verwertung impliziten Wissens, in: Soziale Welt, 54, S. 483-508
- Rammert, W. et al. (1998): Wissensmaschinen. Die soziale Konstruktion eines technischen Mediums: Das Beispiel Expertensysteme. Frankfurt/M.: Campus

- Scharpf, F. (2003): Was man von einer Europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2003, S. 49-59
- Schelsky, H. (1965): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders. *Auf der Suche nach Wirklichkeit*. Düsseldorf; Köln: Friederichs, S. 439-480
- Schöller, O. (2007): Vom Bildungsbürger zum Lernbürger: Bildungstransformationen in neoliberalen Zeiten, in: Gemperle, M./Streckeisen, P. (Hrsg.): *Ein neues Zeitalter des Wissens? Kritische Beiträge zur Diskussion über die «Wissengesellschaft»*, Zürich: Seismo, S. 255-279
- Stamm, H./Lamprecht, M./Nef, R. (2003): *Soziale Ungleichheit in der Schweiz. Strukturen und Wahrnehmungen*, Zürich: Seismo Verlag
- Stehr, N. (1994): *Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften*, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Stehr, N. (2001): *Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Stehr, N. (2003): *Wissenspolitik. Die Überwachung des Wissens*, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Stehr, N. (2007): *Die Moralisierung der Märkte*. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag
- Stewart, T. (1998): *Der vierte Produktionsfaktor. Wachstum und Wettbewerbsvorteile durch Wissensmanagement*, München; Wien: Carl Hanser Verlag
- Stork, V. (2001): *Die «Zweite Moderne»: ein Markenartikel?*, Konstanz: Universitätsverlag
- Ulrich, P. (1993): *Transformation der ökonomischen Vernunft: Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft*, Bern: Haupt
- Urban, H.-J. (2004): *Sozialpolitik im neuen Europäischen Sozialmodell*, URL: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1334>
- Vester, M. et al. (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag
- Vogel, B. (2006): *Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand. Für ein verändertes Vokabular sozialer Ungleichheit*, in: Bude, H./Willisch, A. (Hrsg.): *Das Problem der Exklusion: Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*, Hamburg: Hamburger Edition

- Weingart, P. (1983): Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, 12, S. 225-241
- Weingart, P. (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis von Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist: Velbrück
- Weingart, P. (2008): Politikberatung ist eine wissenschaftliche Pflicht, URL: http://www.humboldt-foundation.de/pls/web/wt_show.text_page?p_text_id=1240
- Willke, H. (1995): Das intelligente Unternehmen – Wissensmanagement der Organisation, in: Boos, F./Heitger, B. (Hrsg.): Intelligente Unternehmen – Herausforderung Wissensmanagement, Wien, S. 49-69
- Willke, H. (1998): Systemisches Wissensmanagement, Stuttgart: UTB
- Wingens, M. (2002): Einführung: Wissensgesellschaft – ein tragfähiger Leitbegriff der Bildungsreform?, in: ders.: Bildung und Beruf. Ausbildung und berufsstruktureller Wandel in der Wissensgesellschaft, Weinheim; München: Juventa Verlag, S. 9-22